

Protokoll Hauptausschuss - öffentlich - vom 14.11.2023

1) TOP Einwohnerfragen

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

2) TOP 6-015/23 Anhebung der Einkommensgrenzen für den Städtischen Familienpass - Antrag Bündnis 90/Die Grünen

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Sitzungsvorlage in.

Er erklärt, es sei aus seiner Sicht nicht sinnvoll, eine pauschale Erhöhung vorzunehmen, sondern die Thematik grundsätzlich zu bearbeiten.

Fraktionssprecher Blaurock sieht die Bedürftigkeit der Familien jetzt und plädiert für eine pauschale Erhöhung der Einkommensgrenzen um 20 Prozent für ein Jahr. Danach solle die Förderung überarbeitet werden.

Fraktionssprecher Reinbolz begrüßt den Antrag und sieht Handlungsbedarf im Sinne einer sofortigen Erhöhung der Einkommensgrenzen und der Überarbeitung im kommenden Jahr.

Stadtrat Kuttruff merkt an, es gelte eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen. In den vergangenen Jahren sei der Familienpass wenig abgerufen worden. Ihm sei es wichtig, dass berücksichtigt werde, welcher Aufwand bei einer Überarbeitung in all der Komplexität einer nicht mehr zeit- und zielgerichteten freiwilligen Zuwendung gegenüberstehe. Er schlägt vor, eine einfache Alternative wie z.B. eine zweckgebundene Förderung über die Bürgerstiftung zu finden und lehnt eine Erhöhung ab. Eine Anpassung könne er nicht befürworten.

Fraktionssprecher Greiner stellt in Frage, auf welcher Grundlage eine Erhöhung stattfinden solle. Seiner Meinung gelte es, Kosten und Aufwand zu berücksichtigen. Einer Erhöhung um 20 Prozent könne er nicht zustimmen. Stattdessen wünsche er eine Aufarbeitung der Zahlen und, wie von Stadtrat Kuttruff vorgeschlagen, eine einfache Lösung.

Oberbürgermeister Pauly konkretisiert, sollte der Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen keine Zustimmung finden, werde die Verwaltung im ersten Halbjahr 2024 die Richtlinien des städtischen Familienpasses grundsätzlich überarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen.

Beschluss:

Die Einkommensgrenzen des städtischen Familienpasses werden um 20% erhöht.

(6 Ja, 8 Nein, 0 Enthaltungen) – abgelehnt

3) TOP SG13-029/23 Stelle Sachbearbeitung Bauverwaltung - Ausschreibung im Beamtenverhältnis

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Amtsleiter Amma führt in die Sitzungsvorlage ein und erläutert die Vorteile einer Ausschreibung als Beamtenstelle.

Fraktionssprecher Greiner regt an, die Ausschreibung zunächst als Angestelltenstelle auszuschreiben und das Bewerberverhalten abzuwarten.

Fraktionssprecher Rainer Hall lehnt den Vorschlag ab, da sich der Arbeitsmarkt verändere und aus seiner Sicht Bewerber zu erwarten seien. Er meint, es solle auch berücksichtigt werden, welche Folgekosten in Form von Pensionsansprüchen entstehen werden.

Stadtrat Rögele merkt an, er könne den Vorschlag nachvollziehen. Es solle aber beachtet werden, dass eine Stellenbeschreibung unter Umständen auch die Bewerberzahl einschränkt.

Amtsleiter Amma informiert, die Stelle sei bereits neutral ausgeschrieben worden.

Oberbürgermeister Pauly räumt ein, sollten sich auf die Stellenausschreibung ausschließlich Beamte bewerben, sei es sinnvoll, erneut über den Sachverhalt zu beraten.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Stelle als Sachbearbeitung Bauverwaltung alternativ als Beamtenstelle auszuschreiben.

(7 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen)

4) TOP SG13-027/23 Haushalt 2024 - Entwurf Stellenplan

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und gibt den Entwurf des Stellenplans 2024 zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Entwurf des Stellenplans 2024 zur Kenntnis.

5) TOP 7-028/23 Haushalt 2024 - Beratung des Ergebnishaushaltes

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stellvertretende Amtsleiterin Armbruster verweist auf die Tischvorlage und erläutert die weitere Vorgehensweise.

5.1) TOP 7-028/23/1 Haushalt 2024 - Beratung des Ergebnishaushaltes

Stellv. Amtsleiterin Armbruster führt in die Tischvorlage ein und stellt die Teilhaushalte in einer Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

Im Gesamthaushalt seien die Personalkosten deutlich gestiegen. Die Stellenmehrungen seien noch nicht berücksichtigt worden.

THH 1

Stadtrat Kuttruff beantragt nachfolgende Änderungen:

Kostenerstattung und Umlage seien aufgrund des Ergebnisses in 2023 im Ansatz um 50.000,00 Euro zu erhöhen.

Das Digitalisierungsbudget für das nächste Jahr sei um 120.000,00 Euro zu kürzen, da es linear bereinigt werde, wenn Sondereffekte berücksichtigt würden.

Ordentliche Aufwendungen seien im Vorjahr bereits deutlich reduziert worden, daher sei diese Summe auf 1.112.100,00 Euro zu minimieren.

Fraktionssprecher Blaurock beantragt eine generelle Kürzung der Positionen 14 und 18 um 10 Prozent. Den Zuschuss zum Eigenbetrieb Breitband habe er bereits im Vorjahr kritisiert. Die Leasingrate für ein E-Fahrzeug sei bereits im vergangenen Jahr beantragt worden. Das Fahrzeug werde jedoch erst ab 2024 geleast.

Justizariat

Auf Rückfragen aus dem Gremium erklärt stellv. Amtsleiterin Armbruster, das Justizariat sei vorher anteilig in Amt 1 und Amt 5 in Ansatz gebracht worden. Mit Änderung zur Stabsstelle sei dieses wie dargestellt neu zugeordnet worden.

Schul-IT

Der Sperrvermerk werde nach Beratung und Beschluss des Konzepts im Hauptausschuss aufgelöst. Anschließend erfolge die Freigabe der Mittel.

Eigenbetriebe

Stellv. Amtsleiterin Armbruster erläutert die Kostenaufteilung und -erstattung der Personalkosten in den Eigenbetrieben.

Im Planansatz für 2023 seien diese bereits herausgerechnet worden. Im Jahr 2022 waren diese in den Kernhaushalt eingerechnet.

Digitalisierung

Das Digitalisierungsbudget sei pauschal nur schwer umzurechnen. Innerhalb der Kalkulation seien Verschiebungen möglich, lässt Oberbürgermeister Pauly wissen.

Amtsleiterin Engesser merkt an, eine Minderung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 10 Prozent auf 123.000,00 Euro könne vertreten werden.

Entschädigungssatzung

Da im Jahr 2024 gegebenenfalls die Entschädigungssatzung neu beraten und geregelt werde, sei dieses im Ansatz bereits berücksichtigt worden.

Personalanalyse

Auf Rückfrage von Stadtrat Rögele, ob die bereits erfolgte Personalanalyse fortgeschrieben werde, wird dieser Punkt nochmals geprüft und möglicherweise aufgehoben.

THH 2

Stellv. Amtsleiterin Armbruster erläutert Verschlechterung und Verbesserungen wie in der Präsentation dargestellt. Der Zuschuss für das Citymanagement könne reduziert werden, da dieser in den Vorjahren nicht abgerufen worden sei. Erhöhte Personalaufwendungen seien durch Mitarbeiter des Parkschwimmbads anzusetzen.

Amtsleiter Haller beschreibt, unter Ziffer 14 seien Vereinszuschüsse und Marketingtätigkeiten verortet. Er empfiehlt, diese in Anbetracht der Inflation und Verpflichtungen durch Kosten in Zusammenhang mit der Konuskarte und den Gästekarten nicht zu beschneiden.

Stadtrat Kuttruff entgegnet, ein Betrag von 70.000,00 Euro werde jedes Jahr berücksichtigt, aber nicht abgerufen. Er plädiert für Haushaltsklarheit.

Abstimmung:

Antrag Fraktion Die Grünen:

Kürzung der Position 14 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und der Position 18 (Sonstige ordentliche Aufwendungen) um 10 Prozent

(5 Ja, 6 Nein, 3 Enthaltungen)

Antrag FDP/FW Fraktion:

Kürzung der Position 14 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) um 10 Prozent
(11 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)

THH 3

Stellv. Amtsleiterin Armbruster erläutert die Berechnungen anhand der Präsentation.

Stadtrat Kuttruff erfragt die konkreten Ansätze der Verwaltungsgebühren.

Amtsleiter Dereck lässt wissen, diese seien nicht eindeutig darstellbar. Im nächsten Jahr werde es voraussichtlich geringere Einnahmen im Waffenrecht geben. Erträge und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung seien nicht eindeutig absehbar. Die Darstellung sei nach heutigem Stand erfolgt.

Auf Rückfrage von Fraktionssprecher Greiner bezüglich einer Anpassung der Personalkosten teilt stellv. Amtsleiterin Armbruster mit, dass Stellenmehrungen nur im THH 6 in den Haushaltsplan aufgenommen werden.

Antrag FDP/FW Fraktion und Fraktion Die Grünen

Erhöhung der Position 5 (Entgelte für Öffentliche Leistungen oder Einrichtungen) und Position 7 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen) um jeweils 20.000,00 Euro, sowie Erhöhung der Position 10 (Sonstige ordentliche Erträge) um 50.000,00 Euro.

(9 Ja, 5 Nein, 0 Enthaltungen)

THH 4

Stadtwald

Stellv. Amtsleiterin Armbruster lässt wissen, dass es im Teilhaushalt 4 insgesamt zu Verschlechterungen durch Erträge aus dem Stadtwald gekommen sei. Erläuterungen zu Anpassungen seien im Haushaltsplan-Entwurf genannt.

Ökopunkte

Fraktionssprecher Blaurock zeigt sich verärgert über den Ankauf von Ökopunkten. Es müsse ein Einklang von Land und Flächen zu finden sein. Amtsleiter Unkel erinnert daran, dass zum Thema Ökopunkte bereits beraten wurde und der Ankauf im Gremium beschlossen worden sei. Fraktionssprecher Rainer Hall erklärt, es seien verschiedene Maßnahmen durchgeführt worden, durch die Förderungen erzielt wurden, aber keine Anrechnung von Ökopunkten möglich sei. Fraktionssprecher Greiner regt an zu prüfen, ob Maßnahmen ähnlich dem Naturschutzgroßprojekt künftig zum Erwerb von Ökopunkten genutzt werden können. Stadtrat Kuttruff lässt wissen, aus seiner Sicht solle das Budget so vorgehalten werden.

Antrag Fraktion Die Grünen:

Kürzung der Position 18 (sonstige ordentliche Aufwendungen) um 10 Prozent
(6 Ja, 8 Nein, 0 Enthaltungen)

Ortskernförderung

Auf Rückfragen von Fraktionssprecher Blaurock ergänzt Amtsleiter Unkel, es könne ein korrigierter Ansatz von 120.000,00 Euro berücksichtigt werden.

Antrag Fraktion Die Grünen:

Kürzung der Position 14 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) auf 120.000,00 Euro
(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

THH 5

Stellv. Amtsleiterin Armbruster erläutert Änderungen anhand der Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist.

Amtsleiter Amma informiert, es finden sehr viel mehr Beratungen statt, jedoch werden nicht mehr Bauanträge gestellt. Tendenziell werden zunehmend preiswertere Bestattungsarten gewählt.

THH 6

Stellv. Amtsleiterin Armbruster lässt wissen, es seien für Personalaufwendungen 400.000,00 Euro mehr zu berücksichtigen. Ein Sperrvermerk für den Haushalt beinhalte Erhöhungen im Bereich der Schul-IT.

Fraktionssprecher Blaurock schlägt vor, für die Positionen 14 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 18 (Sonstige ordentliche Leistungen) eine Reduzierung von 10 Prozent vorzunehmen.

Stellv. Amtsleiterin Armbruster weist darauf hin, Kürzungen im Schulbudget seien nur schwer umzusetzen.

Amtsleiterin Reich fügt hinzu, es müssen Spielräume berücksichtigt werden. Unter Ziffer 18 werde auch die Schulsozialarbeit erfasst. Diese könne nicht gekürzt werden. Es seien neben der Schul-IT und Anschaffungen für das Fürstenberg-Gymnasium viele kleine Investitionen notwendig.

Antrag Fraktion die Grünen:

Kürzung der Position 14 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 18 (Sonstige ordentliche Leistungen) um jeweils 10 Prozent
(3 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen)

THH 7

Stellv. Amtsleiterin Armbruster erläutert Änderungen zur weiteren Entwicklung anhand der Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist.

Fraktionssprecher Blaurock rät, den Ansatz für die Gewerbesteuer aufgrund der konjunkturellen Entwicklung um 500.000,00 Euro zu erhöhen. Der Hebesatz der Gewerbesteuer solle um 20 Punkte erhöht werden.

Stadtrat Kuttruff rät von einer Erhöhung des Hebesatzes ab.

Fraktionssprecher Greiner widerspricht ebenfalls einer Erhöhung des Hebesatzes.

Stellv. Amtsleiterin Armbruster erläutert die dargestellten Zahlen zur Grundsteuer.

Abstimmung:

Erhöhung des Ansatzes „Gewerbesteuer“ um 500.000,00 Euro
(14 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Abstimmung:

Erhöhung des Hebesatzes „Gewerbesteuer“ von 330 auf 350 Punkte
(5 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltung)

THH 8

Stellv. Amtsleiterin Armbruster erläutert Änderungen anhand der Präsentation, die der Niederschrift beigelegt ist.

Stadtrat Rögele erklärt, der Jugendsportevent anlässlich des Städtepartnerschaftsjubiläums Saverne-Donaueschingen finde nicht statt.

THH 9

Stellv. Amtsleiterin Armbruster erläutert die Anpassungen und Kostenansätze mittels Präsentation. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

Machbarkeitsstudie Verkehrsknoten Allmendshofen

Auf Rückfrage von Stadtrat Rögele, in wie weit der Ansatz zur Machbarkeitsstudie zum Verkehrsknoten Allmendshofen realistisch sei, informiert Amtsleiter Monien, vermutlich werden 15.000,00 Euro weniger in Ansatz gebracht werden können, da eine Untersuchung des Knotenpunkts im nächsten Jahr nicht sinnvoll sei, nachdem das Regierungspräsidium Freiburg die Umsetzung nicht vorrangig unterstütze.

Fraktionssprecher Blaurock beantragt zu Position 14 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) eine Reduzierung um 10 Prozent. Amtsleiter Monien weist darauf hin, dass es sich im Detail um Unterhaltsleistungen handle.

Im Einzelnen wird wie folgt erläutert und beraten:

- L91126-01 Der Ansatz für die Allgemeinkosten - Rathaus IV wird um 5.000,00 Euro reduziert.

- L94240-04: Die Allgemeinkosten für das Parkschwimmbad sind neu berechnet worden. Die Wartungskosten werden aufgrund der technischen Komplexität steigen.
- L 94241-06: Der Ansatz für die Allgemeinkosten im Sportzentrum Haberfeld wird um 5.000,00 Euro reduziert.
- L94241-04: Die Sanierung Baarsporthalle kann nicht geschoben werden. Die Instandsetzung des Plattenbelags ist dringend notwendig.
- L95730-08: Die allgemeinen Unterhaltungskosten für die Donauhallen beinhalten die Wartung, nicht aber die Kosten für Malerarbeiten. Diese bleiben im gesonderten Ansatz mit 6.000,00 Euro zu berücksichtigen.
- L91260-02: Der Bodensanierung in der Fahrzeughalle der Feuerwehr Donaueschingen wurde über Jahre geschoben und muss umgesetzt werden.
- L91124-58: Die Allgemeinkosten incl. der Reinigungsarbeiten in Zusammenhang mit dem Storchennest auf dem Roten Rathaus in Allmendshofen werden auf 3.300 Euro reduziert.
- L921106-01: Der Kostenansatz für die Erneuerung der Fenster am Fürstenberg-Gymnasium bleibt unverändert. Die Schiebefenster können teilweise nicht mehr geöffnet oder komplett geschlossen werden.
- L93650-05: Die Einzäunung des Freispielgeländes am Kindergarten Hubertshofen ist zu niedrig und nach 20 Jahren dringend erneuerungsbedürftig.
- L424101: Der Kostenansatz für Rasenpflege / Verrechnung Mäher wird auf 5.000,00 Euro reduziert.
- L113302: Auf Anmerkung von Stadtrat Kuttruff wird der Kostenansatz für Flächenpflegeverträge im Bereich Längefeld III u.a. zu Ausgleichsmaßnahmen aus Bebauungsplänen geprüft.
- L553001: Der Rückbau der Friedhofsmauer innerhalb des Stadtfriedhofs ist erforderlich. Es ist eine klare Setzung und Beeinträchtigung der Standsicherheit festzustellen.
- L541010: Amtsleiter Monien erläutert im Einzelnen die Positionen und deren Notwendigkeit.

Die Änderungen sollen wie beraten dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
(13 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

Beschluss:

Die Ergebnisse aus den Beratungen des Ergebnishaushaltes werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

6) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Es werden keine Mitteilungen der Verwaltung bekannt gegeben.

7) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Es werden keine Anfragen oder Anträge aus dem Gemeinderat gestellt.

Niederschrift

Datum: 04.01.2024

z. w. V.

z. K.

Der Vorsitzende

Schriftführer